



Antrag

der Fraktion des SSW

Bundratsinitiative für mehr Effizienz und Energiegerechtigkeit für Schleswig-Holstein auf dem deutschen Strommarkt starten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Aufteilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone gemäß den Vorschlägen der europäischen Übertragungsnetzbetreiber schnellstmöglich durch die Bundesregierung umgesetzt wird.

Begründung:

Die Menschen in Schleswig-Holstein haben in den vergangenen Jahrzehnten die Energiewende über den Ausbau der erneuerbaren Energie vorangetrieben. Schleswig-Holstein produziert erneuerbare und preiswerte Energie für ganz Deutschland. Leider wurden nicht überall in Deutschland die Zeichen der Zeit erkannt und umgedacht. Auch immer eindringlichere Handlungsaufforderungen von Seiten der Landesregierung haben in der Vergangenheit nicht dazu geführt, dass in Berlin und im Süden Deutschlands wirksam gehandelt wurde. Man muss feststellen: Die Aktionspläne der Bundesregierung haben die in Verordnung (EU) 2019/943 vorgesehenen Ziele für den Elektrizitätsbinnenmarkt nicht erreicht. Dies führt zu hohen und ungerechten Strompreisen für die Menschen im Norden. Zudem können auch die europäischen Übertragungsnetzkapazitäten nicht effizient genutzt werden. Das schadet dem europäischen Energiemarkt und führt vor allem in Skandinavien immer wieder zu politischen Verstimmungen.

Die schwedische Regierung hat zuletzt den Bau einer geplanten Stromverbindung nach Deutschland abgelehnt. Sie kritisierte die Dysfunktionalität des deutschen Strommarktes, dessen mangelnde Stabilität und die Gefahr, dass Deutschlands hohe Strompreise auch in Schweden für Preissteigerungen sorgen könnten. Auch in

Norwegen war der deutsche Strommarkt zuletzt Gegenstand politischer Konflikte: Beim Bruch der norwegischen Regierungskoalition im Frühjahr 2025 spielte die Frage einer engeren Anbindung an den europäischen Strommarkt eine zentrale Rolle. In der öffentlichen Debatte dominierten Sorgen, man würde die hohen deutschen Strompreise nach Norwegen importieren. Die Sorge, ein ineffizienter und ungerechter deutscher Strommarkt könnte auf andere Länder übergreifen, ist real – und wachsend. Angesichts des schleppenden Netzausbaus steht der deutsche Strommarkt deshalb unter erheblichen Druck, was vor allem in den nördlichen Bundesländern negative Folgen hat. Unser gegenwärtiges Strommarktdesign ist ineffizient, teuer und produziert negative Effekte für unsere europäischen Partner. Das ist einer europäischen Energiewende nicht dienlich.

Vor diesem Hintergrund haben die europäischen Übertragungsnetzbetreiber im Mai 2025 eine Empfehlung (Bidding Zone Review) veröffentlicht, die Vorteile in der Aufteilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone gegenüber dem Status quo sieht. Die europäischen Übertragungsnetzbetreiber empfehlen ausdrücklich weitere Untersuchungen. Es ist zu befürchten, dass die neue Bundesregierung diese Empfehlungen nicht konstruktiv aufgreifen wird. Hält der unzureichende Netzausbau in der Bundesrepublik weiter an, ist dies zum Nachteil der nördlichen Bundesländer. Deshalb muss die Bundesregierung, auch gegen den Widerstand aus dem Süden des Landes aufgefordert werden, die Empfehlungen der europäischen Übertragungsnetzbetreiber weiter zu verfolgen und umzusetzen. Der Bundesrepublik, durch ihre Lage in der Mitte Europas, kommt in der europäischen Energieversorgung eine zentrale Rolle als Transitland zu. Sie trägt dabei eine besondere Verantwortung gegenüber den europäischen Partnern, eine verbesserte und resiliente gesamteuropäische Energieintegration voranzubringen. Sollte es der Bundesrepublik nicht gelingen dieser Verantwortung gerecht zu werden, droht ein Eingreifen der Europäischen Kommission auf Basis der EU-Strommarktverordnung.

Für das Gelingen der Energiewende ist ein flexibler Strommarkt entscheidend. Schleswig-Holstein steht mit seinen Kapazitäten in der Produktion von grünem Wasserstoff bereit, dabei eine Schlüsselrolle für die Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen. Grüner Wasserstoff ist der zentrale Baustein für die Dekarbonisierung der Industrie und des Verkehrs – und ein potenzieller Wachstumstreiber für die gesamte norddeutsche Wirtschaft. Damit dieser Hochlauf gelingt, braucht es vor allem eines: günstigen erneuerbaren Strom. Nur wenn die Produktionskosten für grünen Wasserstoff wettbewerbsfähig sind, können sich Unternehmen langfristig ansiedeln und investieren. Die aktuellen Strommarktstrukturen in Deutschland hemmen das Wachstumspotential der grünen Wasserstoffindustrie in Norddeutschland und gefährden die langfristige Konkurrenzfähigkeit, da die Kosten der Energiewende unverhältnismäßig in den Regionen entstehen, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien am weitesten vorangeschritten sind.

Deshalb ist klar: Mit ausbleibendem Netzausbau ist die Aufteilung des deutschen Strommarktes ein notwendiger und unausweichlicher Schritt, um wirtschaftliches Wachstum, Infrastrukturaufbau, Investitionssicherheit und Energiegerechtigkeit miteinander zu verbinden – gerade für das Energiewendeland Schleswig-Holstein.

Sybilla Nitsch

und Fraktion